

HELLA KAESELITZ

Positionen westeuropäischer kommunistischer Parteien im Übergang zur Politik des Kalten Krieges

Truman-Doktrin und Marshall-Plan markierten den Beginn einer neuen Etappe in den internationalen Nachkriegsbeziehungen, die bald als Kalter Krieg definiert wurde. In der Folgezeit kam es zu einer Teilung der Welt in zwei einander feindlich gegenüberstehende Machtblöcke, die sich wechselseitig bedroht fühlten und einander schonungslos bekämpften. Dies blieb nicht ohne Auswirkungen auf die innenpolitische Kräftekonstellation in den westeuropäischen Ländern, die sich dem einen, von den USA beherrschten Machtblock nahezu bedingungslos anschlossen. Für die kommunistischen Parteien in diesen Ländern entstand unter diesen Umständen eine neue strategische Situation, die eine Revision bisheriger Positionen erforderte.

Zur Erklärung der Situation sei zunächst ein kurzer Rückblick auf die kommunistische Bewegung in Westeuropa am Ende des Zweiten Weltkrieges gestattet. Der antifaschistische Kampf hatte zu einem bedeutenden Aufschwung und einer allgemeinen Stärkung der kommunistischen Parteien in Westeuropa geführt. Einige westeuropäische Parteien, insbesondere die Italienische und die Französische Kommunistische Partei hatten ihre Akzeptanz in der Bevölkerung wesentlich erhöhen können, was sich u.a. in einem sprunghaften Anwachsen der Mitgliederzahlen niederschlug. So konnte die IKP die Zahl ihrer Mitglieder von 15 000 (1943) auf 1,7 Millionen (Ende 1945), die FKP von 300 000 bei Ausbruch des Krieges auf 900 000 (1946) steigern. Selbst eine zahlenmäßig kleine Partei, wie die KP Großbritanniens, wuchs von 18 000 (1939) auf 45 000 (1945) Mitglieder an. Ähnliches trifft auf die KP Österreichs, die KP Belgiens, die KP Dänemarks und andere zu.

Bei den ersten Nachkriegswahlen errangen die Kommunisten in zahlreichen westeuropäischen Ländern beachtliche Erfolge. So stimmte in Frankreich und in Italien jeder 4. bzw. 5. Wähler für die Kommunisten. In den meisten Ländern verstärkten sich die Tendenzen zu einem einheitlichen Handeln von Kommunisten und Sozialdemokraten. In neun westeuropäischen Ländern, nämlich in Italien, Frankreich, Belgien, Dänemark, Norwegen, Finnland, Österreich, Island und Luxemburg, waren Kommunisten an den ersten Nachkriegsregierungen beteiligt und versuchten durch aktives Mitgestalten in den Koalitionsregierungen, die antifaschistische Allianz der Kriegsjahre aufrecht zu erhalten und darüber hinaus für tiefgreifende politische und soziale Reformen zu streiten, die den Weg in eine sozialistische Perspektive öffnen sollten.

Hella Kaeselitz – Jg. 1930, Dr. sc., Prof. em. für Allgemeine Geschichte, bis 1990 Bereichsleiter an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Beitrag auf der Konferenz »1947/48: Internationale und deutsche Politik am Scheideweg« am 13. und 14. Juni 1998 in Berlin.

Der in der Bevölkerung latent vorhandene Antikommunismus war im Laufe des Krieges entscheidend zurückgedrängt worden.

Die Ursachen für den Linksruck in Westeuropa lagen vor allem darin begründet, daß die Kommunisten in den vom Faschismus beherrschten Ländern einen wichtigen und mit vielen Opfern verbundenen Beitrag im antifaschistischen Kampf geleistet hatten, in dem sie nicht nur eigene Klasseninteressen vertraten, sondern sich als Anwalt der gesamten Nation verstanden, was ihnen hohen Respekt in der Bevölkerung eingebracht hatte. Aber auch das gewachsene Prestige der Sowjetunion während des Krieges und die unermeßlichen Opfer, die ihre Bevölkerung im Kampf gegen den Faschismus bringen mußte, hatten dem Antikommunismus in den Ländern Westeuropas Boden entzogen.

In den ersten beiden Nachkriegsjahren gelang es – auch dank der erfolgreichen Arbeit der Kommunisten in den antifaschistischen Koalitionsregierungen –, bedeutende demokratische Errungenschaften durchzusetzen. In Italien und Frankreich wurden neue Verfassungen angenommen, die die Ausübung demokratischer Rechte garantierten und demokratische Umgestaltungen im Interesse der werktätigen Bevölkerung möglich machten. In Frankreich, Großbritannien, Italien und Österreich wurde eine Reihe von Industriezweigen nationalisiert. In zahlreichen Ländern erfolgte die Erweiterung staatlicher Maßnahmen auf dem Gebiet der Sozialversicherung, des Gesundheitsschutzes und der Volksbildung. In einigen Ländern wurden gesetzliche Beschränkungen der Arbeiterbewegung abgeschafft.

Mit dem Übergang zum Kalten Krieg im Jahre 1947 verschlechterten sich jedoch zunehmend die Wirkungsmöglichkeiten der kommunistischen Parteien in Westeuropa. Seitens der bürgerlichen (zum Teil auch sozialdemokratischen) Kräfte zeichnete sich immer deutlicher die Tendenz ab, die antifaschistischen Koalitionen der Nachkriegszeit zu sprengen und die Kommunisten aus den Regierungen hinauszudrängen. So verloren im Frühjahr 1947 die französischen, die belgischen und die italienischen Kommunisten ihre Ministerposten. Erneut dienten antikommunistische Attacken und Kampagnen dazu, die Kommunisten im öffentlichen Leben zu diskreditieren und ihre Einflußmöglichkeiten zu begrenzen. Hier soll insbesondere auf die Ereignisse in Frankreich und Italien eingegangen werden.

Am 23. April 1947 erhielt der französische Regierungschef Ramadier vom dortigen USA-Botschafter den Wink, »daß es die französisch-amerikanischen Beziehungen erleichtern würde, wenn die Kommunisten nicht mehr in der Regierung säßen«¹.

Für Ramadier war bald der Anlaß gefunden, um die fünf kommunistischen Minister, darunter den Generalsekretär der FKP Maurice Thorez, aus der Regierung zu entfernen. Anfang 1947 hatte in Frankreich eine Streikwelle begonnen, die den wachsenden Unmut der Arbeiter gegen das Einfrieren ihrer Löhne durch Unternehmer und Staat zum Ausdruck brachte. Symptomatisch hierfür war der Streik der Renault-Arbeiter. Hatte die FKP in den ersten beiden Nachkriegsjahren zur »Schlacht in der Produktion« und damit zur Mäßigung bei Streiks zugunsten des Wiederaufbaus der Wirtschaft

1 Wilfried Loth: Frankreichs Kommunisten und der Beginn des Kalten Krieges, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Jg. 1978, 1. H., S. 57.

und der »nationalen Einheit« aufgerufen, begann sie angesichts der neuen Herausforderungen ihre bisherige Position zu überdenken, für die zudem die Basis immer weniger Verständnis aufbrachte. Die kommunistischen Abgeordneten – einschließlich der fünf Minister – solidarisierten sich mit den Streikenden in der Nationalversammlung und stimmten gegen die Lohn- und Preispolitik der Regierung. Dabei kalkulierten sie bewußt eine Regierungskrise ein, aus der sie gestärkt hervorzugehen hofften. Doch Ramadier nutzte die Gelegenheit, um sich der fünf kommunistischen Minister, die er mit Wirkung vom 5. Mai 1947 aus der Regierung entließ, für immer zu entledigen.

Eine ähnliche Entwicklung vollzog sich in Italien. Seit seiner USA-Reise im Januar 1947 arbeitete Regierungschef De Gasperi zielstrebig darauf hin, die Kommunisten aus der Regierung zu entfernen. Truman hatte ihm unmißverständlich zu verstehen gegeben, daß eine weitergehende ökonomische Unterstützung der USA »von der Stabilität und Konsolidierung des demokratischen Systems in Italien« abhinge.² Maßgeblich befördert wurden die Pläne De Gasperis durch die Vorgänge innerhalb der Sozialistischen Partei. Im Januar 1947 spaltete sich eine Gruppe um Giuseppe Saragat von der Sozialistischen Partei Nennis ab, die ihren 1934 mit den Kommunisten abgeschlossenen Einheitspakt gerade erneuert hatte. Kurz darauf gründete Saragat eine neue, die spätere Sozialdemokratische Partei Italiens. Wirtschaftspolitische Maßnahmen der Regierung, so die Aufhebung der Subventionen für Brotpreise, die danach rasch anstiegen, forderten im Frühjahr 1947 den Protest der kommunistischen und sozialistischen Regierungsmitglieder heraus. Für De Gasperi war die Gelegenheit gekommen, am 13. Mai den Rücktritt der Regierung zu verkünden. In dem am 31. Mai von ihm gebildeten neuen Kabinett waren Kommunisten und Sozialisten nicht mehr vertreten.

Der Ausschluß der Kommunisten aus mehreren westeuropäischen Regierungen stand somit in unmittelbarem Zusammenhang mit der Veränderung des politischen Klimas in Westeuropa im Zuge des beginnenden Kalten Krieg. Insbesondere die von den USA in Aussicht gestellte Wirtschaftshilfe beschleunigte den Bruch der Nachkriegskoalitionen. Damit war der Weg für den Marshall-Plan frei, dessen antikommunistische Grundtendenz unter anderem darin bestand, durch wirtschaftliche Stabilisierung die bürgerlichen Kräfte in den westeuropäischen Ländern zu stärken und den Einfluß der Kommunisten zurückzudrängen.

Die westeuropäischen kommunistischen Parteien reagierten auf die Ereignisse im Frühjahr 1947 zunächst relativ gelassen und rechneten sogar mit einer baldigen Rückkehr in die Regierung. So verstand sich die FKP auf ihrem XI. Parteitag im Juni 1947 in Straßburg weiterhin als potentielle Regierungspartei. Jacques Duclos appellierte an die Sozialisten, gemeinsam mit den Kommunisten und anderen Republikanern eine demokratische Regierung zu bilden. Und in der Nationalversammlung verkündete er, daß die Kommunisten weiterhin als große Regierungspartei handeln würden.³ Die FKP befürwortete auch den Marshall-Plan unter der Voraussetzung, daß er der UNO-Wirtschaftskommission für

2 Dietmar Stübler: Italien. 1789 bis zur Gegenwart, Berlin 1987, S. 208.

3 Alfred Grosser: Frankreich und seine Außenpolitik 1944 bis heute, München, Wien 1986, S. 72.

4 Zit. n. Wilfried Loth:
Die Teilung der Welt,
München 1990, S. 186.

Europa unterstellt würde. »Welcher Franzose könnte anders als mit Genugtuung die Hilfe unserer amerikanischen Freunde akzeptieren?«, versicherte Thorez am 23. Juli. »Wir können nicht die Unterstützung abweisen, die uns für den Wiederaufbau unseres Landes angeboten wird.«⁴ Auch die IKP glaubte zunächst nur an eine Regierungskrise und hielt eine Rückkehr in die Regierung für möglich, zumal die Arbeit an der neuen Verfassung, bei der die Kommunistische Partei eine wichtige Rolle spielte, noch nicht beendet war.

Insgesamt kann festgehalten werden, daß sich mit der Wende in den internationalen Beziehungen neue, kompliziertere Bedingungen für die Tätigkeit der Kommunisten Westeuropas ergeben hatten, die von diesen nicht sofort in ihrer ganzen politisch-strategischen Tragweite erkannt wurden. Den meisten Parteien bereitete es offensichtlich Schwierigkeiten, sich flexibel auf die neue Lage einzustellen. Letztendlich entschied Stalin, wie es weitergehen sollte, als er als Antwort auf Truman-Doktrin und Marshall-Plan Mitte September 1947 die Gründung des Kommunistischen Informationsbüros initiierte. Dabei machte er sich die neu entstandene Situation in den internationalen Beziehungen zunutze, um erneut die bedingungslose Führungsrolle zu beanspruchen und die gesamte kommunistische Bewegung und jede einzelne Partei den außenpolitischen Interessen der Sowjetunion unterzuordnen.

Zur Gründungsversammlung des Kominform am 22. September 1947 in Szklarska Poreba wurden als einzige westeuropäische Parteien die Kommunistischen Parteien Italiens und Frankreichs eingeladen. Die dort vom sowjetischen Delegationsleiter Shdanow entwickelte Strategie der »beiden Lager« verpflichtete u.a. die westeuropäischen Kommunisten, mit den sozialdemokratischen Parteien als »Werkzeugen des USA-Imperialismus« zu brechen. Entsprechend heftig war die Kritik an der Einheits- und Regierungspolitik von FKP und IKP. Sie wurden des Opportunismus und des Parlamentarismus bezichtigt und wegen des »illusionären Charakters« ihrer Regierungsabsichten scharf angegriffen. Während die französische Delegation nicht mit einer solchen vehementen Kritik gerechnet hatte, muß Togliatti etwas gehaut haben. Er hatte seiner Delegation mit auf den Weg gegeben: »Wenn man uns vorwirft, daß wir nicht die Macht zu übernehmen wußten oder daß wir uns aus der Regierung drängen ließen, dann antwortet, daß wir Italien nicht in ein neues Griechenland verwandeln konnten, und zwar nicht nur in unserem eigenen Interesse, sondern auch im Interesse der Sowjetunion selbst.«⁵

5 Zit. n. Fernando Claudin:
Die Krise der kommunistischen
Bewegung. Von der
Komintern zur Kominform,
2 Bde. München 1978,
Bd. 1, S. 76.

Es gab zwei Kritikfelder, mit denen sich die beiden Parteien konfrontiert sahen. Die Sowjets rügten, daß die französischen und italienischen Kommunisten nach ihrem Ausschluß aus den Regierungen weiterhin eine regierungsfreundliche Politik betrieben hätten, anstatt die Massen gegen die proamerikanische Politik ihrer jeweiligen Regierung zu mobilisieren. Sie warfen ihnen vor, daß sie es versäumt hätten, die Einbeziehung ihrer Länder in die neue antisowjetische Strategie des amerikanischen Imperialismus zu verhindern. Beide Parteien wurden aufgefordert, unnachgiebig gegen die Eingliederung ihrer Länder in den Marshall-Plan und deren Integration in den amerikanischen Block zu kämpfen.

Die Hauptrolle bei der kritischen Auseinandersetzung mit den französischen und italienischen Kommunisten aber spielte auf Vorschlag Shdanows die jugoslawische Delegation. Deren Vertreter Kardelj und Djilas warfen den französischen und italienischen Kommunisten vor, daß sie den Charakter der Regierungen, denen sie angehört hatten, völlig verkannt hätten, weil sie ihre Mitwirkung in den Koalitionsregierungen als den Beginn einer volksdemokratischen Entwicklung definiert hätten. Der FKP wurde vorgeworfen, die Auflösung der Streitkräfte der Resistance Ende 1944/Anfang 1945 geduldet und sogar unterstützt zu haben. Ähnliche Vorhaltungen mußte sich die IKP gefallen lassen. Das Argument, daß eine andere Haltung zu einer Konfrontation mit den Alliierten geführt hätte, ließen die jugoslawischen Vertreter nicht gelten. Vielmehr kritisierten sie die generelle Haltung der französischen und italienischen Kommunisten gegenüber Amerikanern und Briten. Auch wurde beiden Parteien vorgeworfen, nicht genügend getan zu haben, um den bewaffneten Kampf der Kommunisten und anderer Linker in Griechenland seit Ende 1945 zu unterstützen. Kardelj und Djilas erklärten später, den Sowjets sei es darum gegangen, »eine tiefe Kluft zwischen der jugoslawischen Partei und den Parteien von Frankreich und Italien aufzureißen«.⁶

6 Ebenda, S. 77.

Die beiden Delegationsleiter der IKP und der FKP, Longo und Duclos, übten Selbstkritik und erkannten ganz allgemein an, daß ihre Parteien eine Anzahl von opportunistischen Fehlern begangen hätten, vor allem hätten sie ihre Regierungstätigkeit ungenügend mit Massenaktionen verbunden. Sie gaben auch zu, das Ausmaß der neuen antikommunistischen Politik der USA unterschätzt zu haben, eine Politik, die direkt zu ihrem Ausschluß aus den Regierungen geführt hatte, und sie versprachen, nunmehr einen unveröhnlichen Kampf gegen den Marshall-Plan zu führen. Insgesamt wurde diese Selbstkritik jedoch als höchst unzureichend empfunden. Shdanow machte ihnen klar, daß es nicht genüge, ein bißchen Selbstkritik zu üben, sondern daß ein radikaler Wechsel der politischen Linie nötig sei. Gleichzeitig aber war niemand an einer tiefgreifenden Analyse der französischen und italienischen Strategie und Politik in der unmittelbaren Nachkriegszeit interessiert, weil dann deutlich geworden wäre, daß diese durchaus mit den außenpolitischen Interessen und Ambitionen der Sowjetunion unmittelbar nach dem Krieg in Übereinstimmung gestanden hatte.

Die beiden großen westeuropäischen kommunistischen Parteien reagierten auf die Gründung des Kominform und ihre Abstrafung auf der Gründungsversammlung unterschiedlich. Die FKP schwenkte im Herbst 1947 vorbehaltlos auf die von der Kominform verkündete Strategie der »beiden Lager« ein. Auf einer ZK-Tagung am 29./30. Oktober 1947 forderte Maurice Thorez eine Neubesinnung der FKP auf ihre Rolle als Oppositionspartei.⁷ In Anlehnung an die »Zwei-Lager-Theorie« erklärte er, man müsse Sozialisten, Gaullisten und andere bürgerliche Kräfte gleichermaßen bekämpfen. Damit unterschätzte die FKP die relativen Interessengegensätze zwischen dem bürgerlichen Staat und den einzelnen Parteien sowie zwischen den bürgerlichen und den sozialdemokratischen Parteien, die allesamt dem »Lager des Imperialismus« zugeordnet wurden.

7 Michael Schüler:
Die Kommunistische Partei
Frankreichs – ein Abriß ihrer
Geschichte von der Grün-
dung bis zur Libération,
Marburg 1980, S. 134.

Vergleichsweise zurückhaltend reagierte die IKP auf die Gründung des Kominform. Zwar betonte sie ihre unverbrüchliche Freundschaft mit der Sowjetunion, um sich auch künftig deren Unterstützung zu versichern. Gleichzeitig aber war sie bemüht, weiterhin ihre politische und gesellschaftliche Rolle als italienische Massenpartei zu spielen. Sie hielt deshalb auch im wesentlichen an ihrem innenpolitischen Kurs der Verfassungstreue fest. Dadurch vermied sie ihre gesellschaftliche Isolierung und das Abdriften in eine sektiererische Lagermentalität. »Die politische Meisterleistung Togliattis bestand darin, die Widersprüche zwischen Konstitutionalismus und ›Wahl des Lagers‹ im Sinne des Kominform und Shdanows, zwischen den marxistischen Reflexionen Gramscis und dem Marxismus-Leninismus, zwischen der Tradition des Risorgimentos und dem ›proletarischen Internationalismus‹, zwischen der weit geöffneten Kulturpolitik und dem Lyssenko-Kult ... nicht aufbrechen zu lassen, sondern durch unzählige Vermittlungen bis 1956 in der Schwebe zu halten«, schreibt Bruno Schoch in seiner leSENSwerten Studie über die internationale Politik der italienischen Kommunisten.⁸

8 Bruno Schoch: Die internationale Politik der italienischen Kommunisten, Frankfurt/Main 1988, S. 88.

Im Rechenschaftsbericht an den VI. Parteitag im Oktober 1948 erwähnte Togliatti das Kominform nur beiläufig. Er konzentrierte sich auf die spezifischen Probleme Italiens und lobte die errungenen Erfolge, darunter die 1948 in Kraft getretene neue Verfassung, an deren Ausarbeitung die IKP maßgeblich beteiligt war. Gleichzeitig übte er die gebotene Selbstkritik, sprach über mangelnde Mobilisierung der Partei und warnte auch vor »konstitutionellen Illusionen«. Dessenungeachtet versuchte die IKP, das Wesen ihrer früheren Strategie lebendig zu erhalten bzw. sie auf die neuen Gegebenheiten anzuwenden. So hielt sie an ihrem Einheitspakt mit den Sozialisten fest, betätigte sich weiterhin aktiv an der parlamentarischen Arbeit und wirkte konstruktiv bei der Ausarbeitung von Gesetzen mit.⁹

9 Ebenda, S. 89.

Eine wichtige Rolle spielten die kommunistischen Parteien Westeuropas in den seit dem Herbst 1947 verstärkt aufflammenden Arbeitskämpfen, ein Ausdruck dessen, daß sie ihre bisherige Stabilisierungsstrategie aufgegeben hatten. Mit machtvollen Streiks setzte sich die werktätige Bevölkerung gegen die zunehmende Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen und die sich vertiefenden sozialen Widersprüche zur Wehr. So traten in Frankreich im Herbst 1947 mehr als 2 Millionen Arbeiter in den Ausstand. Der von der Regierung daraufhin verhängte Ausnahmezustand traf auf den erbitterten Widerstand der Arbeiter. Sicherheitskräfte und Streikende lieferten sich regelrechte Straßenschlachten. In der Nationalversammlung kam es zu Tumulten. Die FKP und die CGT versuchten allerdings vergeblich, dem Streik politischen Charakter zu geben und ihn mit politischen Losungen wie »Kampf gegen die ökonomische Beherrschung durch den Marshall-Plan« zu verbinden. Sie stießen damit bei den Arbeitern auf wenig Resonanz. Das Argument, daß sie mit ihren Losungen den Befehlen Moskaus folgten, blieb nicht ohne Wirkung. So gelang es der Regierung, die Streikenden auseinander zu dividieren und den Streik schließlich abzublocken. Darüber hinaus verließ Ende Dezember eine Gruppe

unter Führung von Lèon Jouhaux die CGT und gründete den neuen Gewerkschaftsbund CGT-FO (Force ouvriere), der allerdings gegenüber der CGT zahlenmäßig in der Minderheit blieb. Doch die Spaltung der französischen Gewerkschaftsbewegung war damit besiegelt.¹⁰ Ähnliche Streikaktionen wie in Frankreich gab es 1947/48 auch in Italien, Großbritannien, den Westzonen Deutschlands und anderen Ländern.

Ungeachtet der Zuspitzung innenpolitischer Widersprüche war es in Italien unter maßgeblicher Mitwirkung der Kommunisten gelungen, eine neue Verfassung auszuarbeiten. Sie schrieb nicht nur Errungenes fest, sondern trug zugleich programmatischen Charakter, indem sie in die Zukunft weisende Artikel enthielt, die gesellschaftliche Veränderungen im Interesse der Werktätigen möglich machten. Insofern gehört die Verfassung, die im Januar 1948 in Kraft trat, zu den großen Errungenschaften der italienischen Widerstandsbewegung, der Resistenza. Ihr Inkrafttreten fiel jedoch bereits in eine Zeit, in der die Kommunisten in die Defensive gedrängt worden waren. Bei den ersten Parlamentswahlen nach der Annahme der Verfassung am 18. April 1948 erlitten die zur Demokratischen Volksfront zusammengeschlossenen Kommunisten und Sozialisten eine herbe Niederlage. Im Vergleich zur Wahl von 1946 verloren sie fast 10 Prozent der Stimmen und erreichten nur noch 31 Prozent, während die Christdemokraten mit 48,5 Prozent der Stimmen die absolute Mehrheit der Sitze in der Abgeordnetenkammer erhielten. Sowohl Kommunisten als auch Sozialisten waren von diesem für sie negativen Ergebnis überrascht. Dabei hatten sie offensichtlich die polarisierenden Auswirkungen der internationalen und innenpolitischen Konfrontation unterschätzt. Der aggressive Wahlkampf der Christdemokraten, die – massiv von der Kirche unterstützt – zu einem regelrechten antikommunistischen Kreuzzug aufgerufen hatten, war nicht ohne Wirkung geblieben. Auch die USA hatten sich erpresserisch direkt in den Wahlkampf eingemischt. So erklärte George Marshall am 12. März 1948: »Wenn das italienische Volk die Macht einer Regierung anvertrauen sollte, in der eine Partei den beherrschenden Einfluß ausübt, die ihre Feindschaft gegenüber der amerikanischen Hilfeleistung wiederholt und unüberhörbar erklärt hat, müßten wir schlußfolgern, daß das italienische Volk wünscht, auf dieses Programm zu verzichten.«¹¹

Ungeachtet dessen war der Rückhalt der IKP in der Bevölkerung nach wie vor sehr groß. Als am 14. Juli 1948 auf Togliatti ein Attentat verübt wurde, kam es in wenigen Stunden zu einem das ganze Land umfassenden zweitägigen Generalstreik, dem wohl größten spontan ausgebrochenen Streik, den es in Italien je gegeben hatte. An ihm beteiligten sich 8 Millionen Arbeiter und andere Werktätige, und er nahm zeitweilig aufständische Züge an. Die Parteiführung versuchte, die Aktionen zu kanalisieren, weil ein Aufstand nach ihrer Auffassung in der gegebenen Situation abenteuerlich gewesen wäre. Trotzdem forderten die Massenstreiks und Unruhen 20 Todesopfer und 600 Verletzte. Der Generalstreik, der von der Einheitsgewerkschaft CGIL proklamiert worden war, wurde von den christdemokratisch orientierten Gewerkschaftsfüh-

10 Grosser: a.a.O., S. 75f.

11 Zit. n. Stübler, a.a.O., S. 210.

ren zum Anlaß genommen, um sich von der CGIL abzuspalten. Sie gründeten die CISL und bald danach wurde eine dritte, von den Sozialdemokraten gegründete Richtungsgewerkschaft – die UIL – gegründet. Wie in Frankreich war nun auch in Italien die Einheitsgewerkschaft ein Opfer des Kalten Krieges geworden.

Nachteilig und hemmend auf die Tätigkeit der westeuropäischen kommunistischen Parteien in jenen Jahren wirkte sich auch ihre unkritische Unterordnung unter die KPdSU und Stalin in der im Sommer 1948 ausgebrochenen Krise zwischen den jugoslawischen Kommunisten und der KPdSU aus. Die Exkommunizierung der Kommunistischen Partei Jugoslawiens wurde von den westeuropäischen kommunistischen Parteien vorbehaltlos unterstützt. FKP und IKP empfanden dabei sicherlich eine gewisse Genugtuung, waren doch die jugoslawischen Kommunisten auf der Gründungskonferenz des Kominform ihre härtesten Kritiker. Doch ihre bedingungslose Unterwerfung unter Stalin in dieser Frage gab den antikommunistischen Tendenzen in den westeuropäischen Ländern neue Nahrung und lieferte den Gegnern der Kommunisten die nötige Munition, um diese zu diskriminieren und sie der Unterordnung unter die Befehle Moskaus zu bezichtigen. Im Unterschied zu anderen kommunistischen Parteien gelang allerdings der IKP weiterhin der schwierige Spagat, einerseits in internationalen Angelegenheiten Partei für das »sozialistische Lager« zu ergreifen, aber andererseits ihren bewährten innenpolitischen Kurs weiter zu verfolgen, der sich auf die Aktionseinheit mit den Sozialisten, die Verteidigung der demokratischen Verfassung und den Kampf für die Lebensinteressen der werktätigen Bevölkerung stützte.¹²

12 Schoch, a.a.O., S. 96f.

In den folgenden Jahren unterstützten alle westeuropäischen kommunistischen Parteien uneingeschränkt die Kampagnen des Kominform für Frieden, für die Ächtung der Atombombe, gegen den Marshall-Plan und gegen die NATO. So war es nicht zuletzt der aktiven Friedensarbeit der kommunistischen Parteien Italiens und Frankreichs zu danken, daß 1950 in beiden Ländern 17 bzw. 14 Millionen Unterschriften unter den berühmten Stockholmer Appell zur Ächtung der Atombombe gesammelt wurden.

Während die beiden großen kommunistischen Parteien Westeuropas – die FKP und die IKP – mehr oder weniger in der Lage waren, den Risiken des Kalten Krieges zu widerstehen und sich als Massenparteien zu behaupten, wirkte sich der Kalte Krieg und die kritiklose Übernahme der Kominformlinie weitaus ungünstiger auf die zahlenmäßig kleineren kommunistischen Parteien aus. Die gezielte antikommunistische Propaganda, die teilweise bis zur Hysterie ausartete und die durch die Lagermentalität der Kommunisten immer wieder neue Nahrung erhielt, fügte kleineren kommunistischen Parteien erheblichen Schaden zu. Mitgliederzahl und Einfluß der kommunistischen Parteien gingen in den meisten Ländern zurück, und in zahlreichen Ländern verloren die Kommunisten ihre Parlamentssitze.

13 Siehe Noreen Branson: *History of the Communist Party in Britain 1941-1951*, London 1997, S. 151 ff.

Stellvertretend sei hier auf die Lage in der Kommunistischen Partei Großbritanniens eingegangen.¹³ Obwohl die Partei nicht zur Gründungskonferenz des Kominform eingeladen worden war, hielt sie sich strikt an die dort entwickelte Linie. Auf ihrem 20. Partei-

tag im Februar 1948 übte die Partei im Sinne der »Zwei-Lager-Theorie« Selbstkritik, indem sie konstatierte, daß sie zu spät das volle Ausmaß des Abdriftens der Labour-Regierung nach rechts erkannt hätte. Ohne das im Lande vorhandene Kräfteverhältnis zu berücksichtigen, forderte sie die Bildung einer linken Labour-Regierung.

Die Verurteilung der rechten sozialdemokratischen Führer auf der Gründungskonferenz des Kominform lieferte der Labour Party die Argumente, um die Tätigkeit der Kommunisten und ihrer Sympathisanten, der sog. »fellow-travellers«, zunehmend zu behindern. Da die Kommunistische Partei Großbritanniens ungeachtet ihrer zahlenmäßigen Schwäche relativ stark in den Gewerkschaften verankert war, versuchte man zunächst, dort ihren Einfluß zu untergraben. Ende Dezember 1947 rief der Generalsekretär der Labour Party, Morgan Phillips, in einem Rundschreiben die der Labour Party angeschlossenen Gewerkschaften zu einer Kampagne gegen die Kommunisten auf. Angeblich würden sie Unruhe in den Betrieben provozieren, um damit die Produktion zu sabotieren. Außerdem hätten sie sich zum Ziel gesetzt, die Labour Party über die Gewerkschaften zu unterwandern. Ein Jahr später veröffentlichte der Generalrat des TUC eine Erklärung, die ebenfalls scharfe Angriffe gegen die Kommunisten enthielt. In einem weiteren Pamphlet wurden die dem TUC angeschlossenen Gewerkschaften aufgefordert, Kommunisten aus leitenden Funktionen zu entfernen und sie nicht als Delegierte zu Gewerkschaftskongressen zu wählen. Die meisten Gewerkschaften widersetzten sich allerdings dieser Nötigung, so daß es den britischen Kommunisten im wesentlichen gelang, ihren Einfluß in der Gewerkschaftsbewegung zu erhalten.

Am 15. März 1948 verkündete Premierminister Attlee, daß Mitglieder der Kommunistischen Partei oder ihre Sympathisanten aus dem Staatsdienst zu entfernen seien. Zum erstenmal wurden in Großbritannien Staatsdiener nicht für ein Vergehen zur Verantwortung gezogen, sondern wegen ihrer politischen Ansichten und Überzeugungen. Allerdings war diese Verfügung in der Labour Party nicht unumstritten. Ungeachtet dessen versuchte man, mißliebige Staatsdiener zu disziplinieren. So wurde z.B. der persönlichen Sekretärin des Erziehungsministers in einem Schreiben mitgeteilt, daß man ihre Zuverlässigkeit bei der Bewältigung der ihr anvertrauten Arbeiten anzweifelt, weil sie Mitglied der Kommunistischen Partei sei. Obwohl sich zahlreiche Opfer mit Erfolg gegen ihre Entlassung wehrten, mußten sie Versetzungen und Demütigungen hinnehmen. Insgesamt hatte diese Maßnahme eine demoralisierende Wirkung auf viele Angestellte im Staatsdienst. Der antikommunistischen Kampagne fielen auch 17 Wissenschaftler zum Opfer, die in wissenschaftlichen Gremien der Regierung mitarbeiteten. Auch Lehrer, die den Kommunisten nahestanden, wurden diskriminiert und mußten sich »politischen Überprüfungen« unterziehen.

Selbst linke Labourpolitiker wurden zunehmend disziplinarisch belangt und mit Parteiausschluß bedroht. Als im Frühjahr 1948 38 Labourabgeordnete dem italienischen Sozialistenführer Nenni in

einem Telegramm Erfolg für die bevorstehenden Wahlen wünschte, wurde der Initiator des Telegramms, John Platts Mills, aus der Labour Party ausgeschlossen, weil er und die anderen Unterzeichner sich an eine Partei gewandt hatten, die mit den Kommunisten einen gemeinsamen Wahlkampf führte. Die übrigen Unterzeichner wurden verwarnt und aufgefordert, in Zukunft derartige Schritte zu unterlassen. Die Labour Party veröffentlichte eine Liste von Vereinigungen, die sie als »kommunistisch inspiriert und beeinflusst« bezeichnete und in denen mitzuarbeiten Mitgliedern der Labour Party untersagt war. So wurden die Positionen der Linken, insbesondere der Kommunisten, in diesen Jahren entscheidend geschwächt. Die Mitgliederzahlen der Partei gingen zurück, und bei den Unterhauswahlen 1950 verlor sie ihre beiden Parlamentssitze.

Zusammenfassend kann man feststellen, daß sich das Kräfteverhältnis in den westeuropäischen Ländern 1947/1948 im Zuge des Übergangs zur Politik des Kalten Krieges zuungunsten der kommunistischen Parteien und anderer linker Kräfte verändert hatte. Die von den Kommunisten in den ersten beiden Nachkriegsjahren verfolgte Strategie, durch tiefgreifend politische und soziale Reformen den Weg in eine sozialistische Zukunft zu ebnen, war gescheitert. Der Ausschluß der Kommunisten aus den Regierungen beendete das gemeinsame Handeln der Antifaschisten. Die Gewerkschaftseinheit zerbrach und die Bündnisse von Kommunisten und Sozialdemokraten wurden – mit Ausnahme von Italien – durch erbitterte Feindschaften abgelöst. Mehrere Jahre hindurch mußten die Kommunisten unter den Bedingungen einer zugespitzten antikommunistischen Hysterie, die nicht selten mit Gewaltakten und Verfolgungen einherging, einen aufreibenden Abwehrkampf führen. »Der politische Prozeß im Westen ab 1947 kann als eine antikommunistische Vereinheitlichung bei gleichzeitiger Beibehaltung der parlamentarisch-demokratischen und rechtsstaatlichen Formen bezeichnet werden«, schreibt Georg Fülberth.¹⁴ Die Lagermentalität des Kominform und daraus resultierende sektiererische Einstellungen in den Parteien sowie ihre bedingungslose Unterordnung unter die KPdSU und Stalin taten ein übriges, um insbesondere den kleineren kommunistischen Parteien beträchtlichen Schaden zuzufügen. Die kommunistischen Parteien Frankreichs und Italiens, die sich zwar auch antikommunistischer Hetze ausgesetzt sahen, waren freilich in ihren jeweiligen Gesellschaften so stark verankert, daß sie in den Jahren, in denen der Kalte Krieg seinem Höhepunkt zustrebte, einflußreiche Massenparteien blieben, in den Parlamenten weiterhin mit starken Fraktionen vertreten und in den Gewerkschaften und Kommunen fest verankert waren.

14 Georg Fülberth: Der große Versuch. Geschichte der kommunistischen Bewegung und der sozialistischen Staaten, Köln 1994, S. 128.